

Am Spendenanlass von Keren Hajessod Schweiz in Basel stand der zunehmende Antisemitismus im Fokus

Kampf gegen Antisemitismus

SIMON ERLANGER

Rund 150 Gäste versammelten sich am Sonntagabend bei israelischen Speisen und israelisch geprägter Jazzmusik zur diesjährigen Eröffnung der Basler Spendenaktion des Keren Hajessod (KH) Schweiz im Basler Stadtcasino. Der historischen Bedeutung des Ortes, wo 1897 der erste Zionistenkongress stattgefunden hatte, wurden alle Redner des Abend gerecht, so die Basler KH-Präsidentin Nadja Guth, Claudia Scheiner, Präsidentin des KH Schweiz, Sam Grundwerg, Vorsitzender des weltweiten KH und der Schweizer KH-Delegierte Alex Kerner. Letzterer warb für das Jugenddorf Kedma, das in den Genuss der Erträge der diesjährigen Aktion kommt. Im Dorf finden Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen Aufnahme und Betreuung.

Grundrauschen

Hauptrednerin des Abends war aber Katharina von Schnurbein, Beauftragte der Europäischen Kommission für die Bekämpfung des Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens. Entsprechend stand der leider wieder zunehmende Antisemitismus im Fokus des Abends. Dies hätte Theodor Herzl insofern nicht überrascht, als dass er den politischen Zionismus als Antwort auf den vehementen Antisemitismus seiner Zeit begründet hatte, wie Katharina von Schnurbein in ihrer Rede betonte. Damals lebte der Grossteil der Juden weltweit auf dem Alten Kontinent. Heute sind es noch neun Prozent. Davon trugen sich in einer EU-Umfrage von 2018 rund 38 Prozent mit dem Gedanken der Auswanderung. Die Umfrage wird dieses Jahr wiederholt. Antisemitismus sei ein Grundrauschen geworden, das jüdische Existenz in Europa begleite. Dass sich dies ändere und Jüdinnen und Juden für ihre Kinder und Kindeskinde wieder eine Zukunft in Europa sähen, sei das Ziel der EU-Kommission und ihrer Fachstelle, so Katharina von Schnurbein.

Funktionierende Definition

So sei die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die dem entspreche, was Jüdinnen und



V.l.n.r.: Tali Scheiner (Präsidentin KH Zürich), Claudia Scheiner (Präsidentin KH Schweiz), Ifat Reshef (israelische Botschafterin in der Schweiz), Nadia Guth Biasini (Präsidentin KH Basel), Beat Jans (Regierungspräsident Kanton BS), Katharina von Schnurbein (Antisemitismusbeauftragte der EU), Sam Grundwerg (World Chairman KH).

Juden als antisemitisch empfinden, von immer mehr Staaten, Organisationen und Nichtregierungsorganisationen akzeptiert und bietet eine Handhabe im Kampf gegen Judenfeindschaft. Die IHRA-Definition sei auch umstritten, erinnerte von Schnurbein. Das sei der Fall, weil sie funktioniere. Katharina von Schnurbein verwies auf den EU-Aktionsplan, in dessen Fokus vor allem auch die Stärkung des jüdischen Lebens in Europa stehe und der rund 100 Einzelinitiativen umfasse. Europa sei nicht Europa ohne sein jüdisches Erbe und ohne ein sichtbares und starkes jüdisches Leben, so Schnurbein, deren Mandat auch enge Verbindungen zu den jüdischen Gemeinden umfasst.

Neue Zusammenarbeit

Auf den Antisemitismus nahm auch Beat Jans (SP), Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Bezug. Basel und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) würden künftig gemeinsam die Judenfeindschaft bekämpfen (vgl. S. 5). «Basel entwickelt zurzeit einen Aktionsplan gegen den Antisemitismus», so Jans. «Wir wollen den Antisemitismus entschieden und an der Wurzel bekämpfen. So haben wir das Dialogprogramm Likrat an den Basler Schulen integriert und gemeinsam mit dem SIG eine Anlaufstelle für antisemitische Vorfälle eingerichtet.» So wird der SIG schon für das laufende Jahr die Antisemitismus-Meldestelle des Kantons Basel-Stadt faktisch

übernehmen, wie der SIG auf seiner Website meldet. Die Zuständigkeit seitens des Kantons liege weiter bei der Koordinationsstelle für Religionsfragen des Präsidialdepartements. Die Pilotphase für den Auftrag umfasst die Jahre 2023 und 2024. Das Mandat umfasst auch die Beratung der von Antisemitismus betroffenen Personen und ihres Umfelds sowie die statistische Erfassung dieser Fälle. Die Basler Koordinationsstelle für Religionsfragen wird im Gegenzug laufend über antisemitische Vorfälle in Basel orientiert. Es wird jährlich ein Bericht über die spezifisch mit Basel in einem Zusammenhang stehenden Fälle und Meldungen erstellt. ●

«Entsprechend stand der leider wieder zunehmende Antisemitismus im Fokus des Abends.»